



2022/11 Ausland

<https://jungle.world/artikel/2022/11/hungern-dank-putin>

Russlands Krieg bedroht die Nahrungsmittelversorgung zahlreicher Länder

Hungern dank Putin

Von **Manuel Störmer**

Der russische Überfall auf die Ukraine lässt die weltweiten Nahrungsmittelpreise steigen und bedroht die Lebensmittelsicherheit vieler Menschen. Betroffen sind vor allem Länder im Nahen und Mittleren Osten.

Als im Kreml die Entscheidung fiel, die Ukraine zu überfallen, war vielen nicht klar, wie weitreichend und heftig die Auswirkungen sein würden: zahlreiche Todesopfer, Millionen Flüchtlinge, ein Umbruch in der politischen und strategischen Ordnung Europas und der Welt, Waffenlieferungen zahlreicher Länder in ein Kriegsgebiet, die Gefahr einer Ausweitung des Konflikts in der Region bis hin zu einem Atomkrieg. Hinzu kommen die wirtschaftlichen Folgen. In der EU sorgt man sich vor allem wegen der steigenden Erdgas- und Erdölpreise sowie der wirtschaftlichen Schäden durch westliche Sanktionen gegen Russland. Viele Menschen in der EU sind derzeit noch bereit, diese Nachteile zu erdulden, um der russischen Aggression angemessen zu entgegnen und der angegriffenen Ukraine beizustehen. Doch die wirtschaftlichen Folgen des Angriffskriegs Wladimir Putins treffen auch andere Länder, und diese zum Teil weitaus härter.

Russland hat eine Bevölkerung von rund 145 Millionen Menschen, die Ukraine ohne die Krim rund 42 Millionen (vor Kriegsbeginn). Die russische Nationalökonomie macht 1,95 Prozent der Weltwirtschaft aus, die ukrainische nur 0,14 Prozent; die Ukraine ist mit einem nominalen Pro-Kopf-Einkommen von rund 3 800 Euro jährlich eines der ärmsten Länder Europas.

Russland ist der größte Weizenexporteur der Welt; 2020 war es für 17,7 Prozent der globalen Weizenexporte verantwortlich, die Ukraine für acht Prozent.

Beide Länder haben bis zum Ausbruch des Kriegs erhebliche Mengen an günstigen Grundnahrungsmitteln in die ganze Welt exportiert, darunter Weizen, Mais und Speiseöl. Russland ist der größte Weizenexporteur der Welt; 2020 war es für 17,7 Prozent der globalen Weizenausfuhren verantwortlich, die Ukraine für acht Prozent; bei den weltweiten Maisexporten betrug der Anteil Russlands 1,1 Prozent, der der Ukraine für 13,2 Prozent; zusammen stellten sie mehr als die Hälfte der globalen Ausfuhren von Sonnenblumenöl. Beide Länder exportierten auch Rohstoffe und Produkte, die für die Landwirtschaft dringend benötigt werden; deren Fehlen erhöht die Erzeugerpreise nun enorm. Dazu zählt Erdöl, aus dem unter anderem Treibstoffe hergestellt werden, ebenso wie Erdgas, das für die Synthese von Ammoniak gebraucht wird,

einem zentralen Ausgangsstoff von Stickstoffdünger. Hinzu kommt Pottasche, die ebenfalls für die Kunstdüngerproduktion benötigt wird.

Aufgrund der Schließung der Häfen in der Ukraine, des Anstiegs der Mieten für Handelsschiffe im Schwarzen Meer wegen der Kriegshandlungen und der weltweiten Sanktionen gegen Russland sind die Preise für diese und andere Rohstoffe in ungeahnte Höhen geschossen. Panik beherrscht den Markt. Viele Handelsunternehmen kaufen den Markt leer, weil sie einer weiteren Verteuerung zuvorkommen wollten, Spekulanten tun ein Übriges. Die europäischen Erdgaspreise waren vorübergehend auf das Vierfache gestiegen, sanken aber wieder auf ein lediglich erhöhtes Niveau, nachdem Russland die Drohung nicht wahrgemacht hatte, Gaslieferungen einzustellen. Dennoch kündigten mehrere Düngerexporteure in Europa wie Yara International wegen der hohen Gaspreise eine Drosselung ihrer Produktion an, mit weltweiten Folgen. Die Preise für Getreide stabilisierten sich ebenfalls auf hohem Niveau. Der Maispreis stieg seit dem Überfall um 20 Prozent auf rund 350 Euro pro Tonne, der Rapspreis um 20 Prozent auf rund 900 Euro pro Tonne, der Weizenpreis um 25 Prozent auf 366 Euro pro Tonne, auch Speiseöl wurde teurer. Die Preise für Schlachttiere stiegen ebenfalls an, im Einklang mit den Preisen für manche Futtermittel.

Die diesjährige Weizenernte in der Ukraine wird wohl viel geringer ausfallen als üblich. Für die Aussaat des Sommerweizens, die üblicherweise im März beginnt, ist die Lage zu unsicher, Dünger konnte nicht mehr in ausreichender Menge beschafft werden, ebenso wie Treibstoff, der zudem für die Armee benötigt wird. Diese Situation wird verschlimmert durch die aufgrund des Klimawandels immer geringeren Ernten, die bereits dazu geführt haben, dass die europäischen Silos nicht ausreichend gefüllt sind, was Exporte beeinträchtigt. Die bulgarische Regierung kündigte ein Ankaufprogramm für lokal produziertes Getreide und Sonnenblumenöl an, die ungarische beschränkte vorübergehend den Export von Getreide. Beides half nicht, die Panik auf den Rohstoffmärkten zu beruhigen.

Die am stärksten von dieser Entwicklung betroffene Region ist der Nahe und Mittlere Osten, denn viele dortige Staaten sind für den Großteil ihres Bedarfes an einigen wichtigen Lebensmitteln wie Weizen und Speiseöl auf Importe angewiesen. Aufgrund des kurzen Seewegs zwischen dem Schwarzen Meer und dem östlichen Mittelmeer beziehen viele Länder dieser Region ihre Agrarimporte bevorzugt aus der Ukraine und aus Russland. Nun müssen sie auf teurere Herkunftsländer wie Bulgarien, Rumänien oder Frankreich ausweichen. Hohe Lebensmittelpreise lösen oft soziale Unruhen aus, daher subventionieren viele Länder der Region Brot und andere Nahrungsmittel.

Je höher die Importpreise für Weizen und andere Lebensmittel sind, desto stärker werden die Staatshaushalte dieser Länder belastet. Die Covid-19-Pandemie hatte die Preise für Lebensmittel in der Region bereits steigen lassen, das sorgte für Unmut. Im Herbst 2021 erreichte die Inflation der Lebensmittelpreise in vielen Ländern der Region zehn Prozent und mehr im Vergleich zum Vorjahreszeitraum, was vor allem die ärmere Bevölkerung traf. Mit dem Überfall Russlands auf die Ukraine wird diese Entwicklung noch weiter verschärft.

Darauf reagieren die Staaten der Region auf höchst unterschiedliche Weise. Erdöl und Erdgas exportierende Länder wie die Golfmonarchien können die höheren Importkosten gut verkraften, da ihre Exporteinnahmen stark gestiegen sind. Die Opec-Staaten beispielsweise, zu denen auch Russland gehört, erhöhten nach dem Beginn der Kriegshandlungen ihre Fördermengen nicht und

profitieren so von der Verknappung.

Staaten ohne bedeutende Exporte von Öl und Gas stehen dagegen schlecht da. Ägypten, das etwa zwei Drittel seines Weizens importiert, davon 90 Prozent aus der Ukraine und Russland, - gelang es im März nicht, die übliche Menge an Weizen auf dem Weltmarkt zu erschwinglichen Preisen zu kaufen. Um weiterhin subventioniertes Brot an Bedürftige abgeben zu können, muss der Staat nun stark gestiegene Kosten in Kauf nehmen. Der Preis für nicht subventioniertes Brot stieg in einer Woche um 50 Prozent, ein Ende der Verteuerung ist derzeit nicht in Sicht.

Besonders problematisch ist die Lage in denjenigen Staaten, die schon vor der Covid-19-Pandemie in einer schweren Wirtschaftskrise steckten. Die Türkei leidet seit einigen Jahren unter einer schwachen Währung und einer beispiellosen Inflation, die im Februar 54 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat erreichte. Auch sie importierte bislang viel Weizen aus der Ukraine und Russland. Ähnlich sieht es im Sudan aus, der sich seit den Protesten gegen das Regime 2018 und 2019 in einer politischen und einer wirtschaftlichen Krise befindet. Die Situation in Syrien sieht kaum besser aus, das von Russland militärisch, aber nicht ökonomisch gestützte Regime von Bashar al-Assad musste weitere Sparmaßnahmen ankündigen und hat Weizen rationiert.

Äußerst kritisch ist die Lage auch im Libanon, dessen Inflationsrate wegen einer schweren Schuldenkrise schon vor Kriegsausbruch im Februar rund 240 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat erreicht hatte. 2020 stammten über 80 Prozent der libanesischen Weizenimporte aus der Ukraine, 15 Prozent aus Russland, und die verheerende Explosion von schlecht gelagerten Chemiestoffen im Hafen von Beirut 2020 beschädigte auch Silos. Libanons Wirtschaftsministerium musste deshalb einräumen, dass das Land nur noch Weizenreserven für einen bis eineinhalb Monate habe, und berief eine Notfallkommission für Lebensmittelsicherheit ein.

Am schlimmsten getroffen hat es jedoch den Jemen. Das Bürgerkriegsland litt schon vor dem russischen Krieg und vor der Pandemie aufgrund einer ausländischen Blockade unter einer Hungersnot. Es ist nahezu vollständig von Hilfslieferungen und Importen abhängig, die von Preissteigerungen direkt betroffen sind; ein Drittel der Nahrungsmittelimporte kam bisher aus der Ukraine und Russland. Das UN-Welternährungsprogramm hatte bereits in den vergangenen Monaten aufgrund von Geldproblemen die Nahrungsmittelzuwendungen in den Jemen trotz der katastrophalen Versorgungslage drastisch kürzen müssen, da 2021 nur rund 60 Prozent der benötigten Spenden eingeworben worden waren. Die Houthi-Rebellen, die die Hauptstadt Sanaa und einen großen Teil des Landes kontrollieren, beteuern, sie hätten genug Weizen für vier Monate, gleichwohl kam es überall im Jemen zu panischen Hamsterkäufen von Nahrung und Benzin. Die nächste UN-Geberkonferenz für den Jemen ist für den 16. März geplant. Angesichts der enormen Preiserhöhungen für Lebensmittel ist zu befürchten, dass die UN ihre Hilfen weiter kürzen müssen.